



HESSISCHER LANDTAG

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Scheitern des Bildungsgipfels schadet den Schulen und Hochschulen in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert, dass es auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern am 10. Juni 2010 nicht gelungen ist, verbindliche Vereinbarungen für eine bessere Ausstattung des Bildungssystems zu schaffen. Auch nach dem Bildungsgipfel ist weiter völlig unklar, ob, wann und wie das Ziel erreicht werden kann, 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren.
2. Durch die enttäuschenden Ergebnisse des Bildungsgipfels fehlen somit weiterhin die für die dringend notwendige Verbesserung des deutschen Bildungssystems notwendigen finanziellen Zusagen des Bundes. Die Länder bleiben weiterhin auf sich gestellt.
3. Die Landesregierung hat mit ihrer Forderung, an der Bildung zu sparen, maßgeblich zum Scheitern des Bildungsgipfels beigetragen. Es ist absurd in Verhandlungen mit dem Bund über eine bessere Finanzausstattung der Länder mit der Forderung zu gehen, im Bildungsbereich zu kürzen. Mit ihrem Verhalten hat die Landesregierung den Interessen Hessens und den Schulen und Hochschulen in unserem Land massiv geschadet.
4. Der Landtag kritisiert insbesondere das Verhalten von Kultusministerin Henzler und Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann, die sich im Gegensatz zur Bundesbildungsministerin noch nicht einmal für das Erreichen des 10-Prozent-Ziel bis 2015 eingesetzt haben.
5. Der Landtag erwartet, dass sich Bund und Länder schnellstmöglich darauf einigen, wie das 10-Prozent-Ziel bis 2015 doch noch erreicht werden kann.
6. Der Landtag spricht sich gegen das strikte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei der Finanzierung von Bildungsaufgaben aus. Wie das leider ausgelaufene überaus erfolgreiche Ganztagschulprogramm des Bundes gezeigt hat, kann durch eine solche Zusammenarbeit inhaltlich viel erreicht und die Länder finanziell entlastet werden, ohne dass dabei der Föderalismus in der Bildungspolitik in Frage gestellt würde.

Wiesbaden, 15. Juni 2010

Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir